



LIECHTENSTEINER Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - www.vaterland.li

Tag des Pferdes an der Olma

Kleines Land ganz gross: Die Reiter aus Liechtenstein stellten in der Arena ihr Können unter Beweis. 7

House of Liechtenstein

An der Ski-WM 2017 in St. Moritz wird Liechtenstein mit einem eigenen Liechtenstein-Haus vertreten sein. 13



www.linexa.com
Am Schrägen Weg 9, FL-9490 Vaduz

Forderungen

Die LIHK stellt ihre Vision vor 2

Falschaussage

Kriminalgericht fällt Schuldspruch 5

Menschenrechte

ODIHR-Direktor zu Besuch im Land 9

A la carte

Der Landgasthof Rössle in Ruggell 20



Ausstellung

Einblick in die Zeitungslandschaft der 1990er in Eschen. 11

Sapperlot

Gerichtsfälle haben häufig wegweisenden Charakter. Die daraus resultierenden Entscheidungen haben einen Einfluss auf künftige Verhandlungen, werden als Beispiele herangezogen und haben gleichzeitig einen grossen Einfluss auf das Leben der Betroffenen – besonders wenn es um unerlaubte sexuelle Handlungen geht.

Mit einem unbegründeten Vorwurf solcher Handlungen wird nicht nur den vermeintlichen Tätern geschadet. Diese werden häufig von der Gesellschaft geächtet – für abscheuliche Taten, die sie nicht begangen haben. Fast ebenso schlimm ist aber die Auswirkung auf zukünftige Gerichtsfälle.

Wenn sich solche unbegründeten Vorwürfe häufen, wird es für zukünftige – wenn auch begründete – Klagen schwer werden, und dies nicht nur vor Gericht. «Es hat doch sowieso keinen Sinn», wird sich ein Opfer vielleicht denken und in dem Wissen, dass der Täter geschützt wird anstelle des Opfers, von einer Anzeige absehen. *Joël Grandchamp*

Kaffeepause. Was Neues?

Gehen Sie online.



Kitas: Pedrazzini bittet Eltern verstärkt zur Kasse

Reaktion Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini kündigt eine kurzfristige Neuregelung der Kita-Finanzierung an. Die Eltern sollen sich demnach stärker an den Kosten beteiligen.

Michael Winkler
mwinkler@medienhaus.li

Gestern Vormittag informierte das Liechtenstein Institut über die Ergebnisse der Nachwahlbefragung zur Initiative «Familie und Beruf». 84,2 Prozent der Stimmbürger hatten die Vorlage bachab geschickt. Einige Stunden später liess der zuständige Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini erste Konsequenzen per Medienmitteilung verlauten. Zwischen den Zeilen werden darin auch die Studienautoren kritisiert. Auf Fragen, welche die Finanzierung betreffen, sei darin nicht eingegangen worden, stellt der Minister fest. Doch gerade hier will er ansetzen: Als erste Massnahme greift er, wie schon

bei der KVG-Reform, auf das Verursacher-Prinzip zurück und will die Elternbeiträge anheben: «Ziel dieser kurzfristig umzusetzenden Massnahme soll es sein, die bestehende Finanzierung der Kitas gleichmässig und gerecht zu verteilen. Hierzu wird es voraussichtlich auch notwendig sein, die Elternbeiträge moderat zu erhöhen», schreibt das Ministerium. Gleichzeitig werde es für eine Abfederung der Konsequenzen aber auch nötig sein, die Finanzierung aufseiten des Staates zu überprüfen und «moderat» anzupassen.

Beteiligte sollen befragt werden

In einem weiteren Schritt gelte es, die Bedürfnisse der Kinder sowie

der Eltern und der Arbeitgeber zu erfassen, um die zukünftige Ausgestaltung der Betreuungslandschaft unabhängig von ideologischen Einstellungen weiterzuentwickeln. «Hierzu führt das Ministerium für Gesellschaft derzeit diverse bilaterale Gespräche. Ziel ist es, demnächst mittels einer Umfrage die Wünsche und Bedürfnisse der direkt betroffenen Eltern zu eruieren und die Umsetzung dann im grösseren Kreis zu diskutieren», heisst es in der Medienmitteilung.

Interessante Ergebnisse der Nachwahlbefragung

Bei der Nachwahlbefragung zur Initiative bestätigten sich weitgehend die Annahmen, die bereits kurz nach der Abstimmung als

Gründe für die breite Ablehnung verantwortlich gemacht wurden: Hauptmotiv war die Diskriminierung traditioneller Familien sowie der Vorwurf an die Initianten, dass die Vorlage unausgereift gewesen sei.

Dennoch förderte die Studie interessante Erkenntnisse zutage. So hielten zum Beispiel viele der Befragten die Vorlage für zu wirtschaftsfreundlich. Demgegenüber wünscht man sich hierzulande weniger staatliche Eingriffe und mehr Wettbewerb. Ausserdem zeigt sich, dass die Ergebnisse nach Parteinähe für die Regierungsparteien ungünstig ausfallen – Sympathisanten der Oppositionsparteien stimmten eher entsprechend der «Parteimeinung» ab. **3**

Graben in Graubünden aufgerissen

Chur Die Volksinitiative über den Atomausstieg sorgt in Graubünden für rote Köpfe. Der Vorstand der Interessengemeinschaft von über 50 Wasserzins-Gemeinden empfiehlt die Annahme der Initiative. Die Kantonsregierung ist gegen einen zügigen Atomausstieg. Energiedirektor Mario Cavigelli sagte am Mittwoch in der Fragestunde im Grossen Rat in Chur, die Kantonsregierung sei «klipp und klar» gegen die Volksinitiative, über die am 27. November abgestimmt wird. (sda)

Hofer darf nicht «Nazi» genannt werden

Innsbruck Der österreichische Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer von der rechten FPÖ darf nicht als «Nazi» bezeichnet werden. Das Oberlandesgericht Innsbruck verurteilte den Tiroler SPÖ-Chef Ingo Mayr am Mittwoch wegen übler Nachrede zu einer Zahlung von 5400 Euro sowie einem «Entschädigungsbeitrag» von 1500 Euro an Hofer. Der sozialdemokratische Landeschef hatte den 45-jährigen FPÖ-Politiker, der auch stellvertretender Nationalratspräsident ist, auf seiner Facebook-Seite mit einem Nazi verglichen. «Und Nazis unterstütze ich nicht», hatte Mayr in einer Reaktion auf einen Kommentar geschrieben. Nun muss Mayr diese Postings löschen und das Urteil auf Facebook veröffentlichen. Der SPÖ-Landespolitiker räumte ein, dass er über das Ziel hinausgeschossen sei. (sda)

Spitzentreffen in Berlin

Berlin Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat den russischen Präsidenten Wladimir Putin in Berlin empfangen, um Bewegung in die Syrien-Krise und den Ukraine-Konflikt zu bringen. Gemeinsam mit Frankreichs Präsident François Hollande wollte Merkel am Mittwochabend im Kanzleramt unter anderem eine Verlängerung der Waffenruhe in der nordsyrischen Stadt Aleppo erreichen. Vor dem Gespräch mit Putin über Syrien versuchte die Runde erstmals seit einem Jahr gemeinsam mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, den seit Langem stockenden Friedensprozess in der Ostukraine wieder in Gang zu bringen. Merkel hatte Erwartungen an konkrete Ergebnisse der Gespräche gedämpft. (sda) **22**

Liechtensteiner Investitionsmarkt wichtig für den Standort Liechtenstein



Kapitalsuche Der Liechtensteiner Investitionsmarkt (LIM) fand gestern zum fünften Mal statt. Neun Start-ups haben dabei ihre Geschäftsidee Investoren im SAL vorgestellt. Wirtschaftsminister Thomas Zwiefelhofer (rechts) betonte, wie wichtig der LIM für die Standortförderung in Liechtenstein ist. **19**

Bild: Daniel Schwendener